Für eilige Leser

am Mittwoch abend.

Bayrisch-fränkische Regimenter, die gestern morgen Fresnoy gestürmt hatten, hielten den Ort gegen neue feindliche Angriffe.

Zwischen dem Winterberg und der Straße Cordenn—Berry au Bac schritten abends französische Kräfte zum Angriff; in heißem Ringen wurde der Feind zurückgeworfen.

An der mazedonischen Front wurden wiederholte feindliche Anläufe unter schwersten Verlusten für den Gegner vollkommen zurückgewiesen.

Im Atlantischen Ozean sind wieder 27 500 Tonnen durch deutsche Unterseeboote versenkt worden.

Den Oberbefehl über die nach Europa zu sendenden amerikanischen Streitkräfte wird voraussichtlich Generalmajor Franklin Bell übernehmen.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat stellte der provisorischen Regierung ein Ultimatum in der Frage der auswärtigen russischen Politik zu.

Die Fahnenflucht unter den russischen Soldaten nimmt immer größeren Umfang an; man schätzt die Fahnenflüchtigen auf 1 200 000 bis 2 Millionen Mann.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages begann heute die allgemeine Vorberatung des Gesetzentwurfs über das staatliche Kohlenbergbaurecht.

König Friedrich August spendete als Beitrag für den „Rot-Kreuz-Opfertag" 5000 Mk.

---

wendigkeit versetzt, sich jetzt über die Kriegsziele im Besonderen auszusprechen.

Französische Ernteaussichten.

„Temps" berichtet über die Wirtschaftslage in Frankreich, daß infolge des schlechten Wetters der letzten zwei Monate und des plötzlichen Witterungsumschwunges die Aussichten für Wintergetreide sehr wenig zufriedenstellend und bezüglich der Frühjahrsaussaat die Aussichten nur in den nordöstlichen und östlichen Departements günstig, im übrigen Frankreich mittelmäßig seien. Der Zuckerrübenstand sei infolge der späten Möglichkeit zur Aussaat gleichfalls nicht zufriedenstellend. (W. T. B.)

Vollzugsausschuß und Dumaausschuß.

Der Petersburger Mitarbeiter des „Corriere della Sera" drahtet über die allgemeine Sitzung des Vollzugsausschusses der Arbeiter und Soldaten mit dem Dumaausschuß Einzelheiten, wonach Tscheidse die Kriegsfrage aufwarf und erklärte, daß die imperialistische Haltung der einstweiligen Regierung völlig unannehmbar sei. Weder das Volk noch das Heer wollten den Krieg. Die einstweilige Regierung treibe eine dunkle Politik und verberge ihre Kriegsziele. Sie müsse ausdrücklich erklären, daß sie auf jede Annexion oder Entschädigung verzichte. Die Alliierten seien genau über die Haltung der demokratischen Massen Rußlands zu unterrichten. Ramiseville, ein Mitglied des Vollzugsausschusses der Arbeiter und Soldaten, verlangte, die einstweilige Regierung solle zwecks Revision der Verträge eine weitere Note an die Alliierten absenden und bedauerte, daß die äußere Politik der einstweiligen Regierung nach wie vor im Zeichen der alten Regierung stehe. Miljukow verwarf den Vorschlag Ramisevilles, der unannehmbar sei. Man dürfe nicht vergessen, daß Rußland durch eine Reihe von seine Lebensfragen betreffenden Verträgen an die Alliierten gebunden sei. Im Anschluß daran las Miljukow ein soeben eingegangenes vertrauliches Telegramm einer alliierten Macht vor, das einen starken Eindruck machte, so daß der Arbeiterausschuß den Vorschlag auf Entsendung einer neuen Note zurückzog. Man beschloß vielmehr, eine für die innere Lage zurecht gemachte Erklärung zu veröffentlichen, um dem russischen Volke den Geist der letzten Note an die Alliierten zu erläutern. Ferner wurde beschlossen, eine Ministerkrisis bei der jetzigen Sachlage als unzweckmäßig zu betrachten. (W. T. B.)

Ein Ultimatum an die provisorische Regierung.

„Tarin Telegraph" meldet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat stellte der provisorischen Regierung ein Ultimatum zu, in dem er die Durchführung der Forderungen des Arbeiterrates in Sachen der auswärtigen Politik fordert.

Lenin verschwunden?

Wie „Svenska Dagblad" aus Petersburg berichtet, wird Lenin seit zwei Tagen spurlos verschwunden. (W. T. B.)

Wir wiesen bereits im Leitartikel der heutigen Mittwoch-Nummer darauf hin, daß die Engländer dem ihnen verhaßten Lenin gern das Schicksal Rasputins bereiten möchten. Red.

Sieg der Lenin-Partei?

Nach Meldungen verschiedener Blätter hätte die Abstimmung im Arbeiter- und Soldatenrat über die Beteiligung an der Freiheitsanleihe eine Mehrheit für Lenin ergeben, dessen Anhänger die Losung verkünden: „Nieder mit dem Krieg und der bürgerlich-kapitalistischen Regierung!" (W. T. B.)

Wo ist Buchanan?

Das Norwegische Telegraphen-Bureau berichtet, daß die aus Anlaß der Meldung von der angeblichen Abreise des englischen Botschafters Buchanan aus Petersburg in Bergen angestellten Ermittlungen ergebnislos gewesen sind. (W. T. B.)

Das Reuterbureau bezeichnet die Meldung, daß der englische Botschafter in Petersburg Buchanan sich auf der Heimreise nach England befinde, als unzutreffend. (W. T. B.)

Die russische Sonderfriedensfrage.

Die Petersburger Blätter „Rjetsch", „Djen" und „Nowoje Wremja" behandeln die Frage des Sonderfriedens. „Nowoje Wremja" sucht zu beweisen, daß ein solcher Frieden unmöglich sei, weil Deutschland eine Kriegsentschädigung verlange. Im übrigen wird von amerikanischer Seite alles getan, um der russischen Presse „die Gefahr" eines Sonderfriedens mit Deutschland zum Bewußtsein zu bringen. („Köln. Ztg.")

Heer und Frieden.

Der vor kurzem in Minsk abgehaltene Soldatenkongreß beschloß, seine Entschließung über die Kriegs- und Friedensfrage in deutscher Sprache drucken und als Aufruf in den feindlichen Schützengräben verbreiten zu lassen. („Köln. Ztg.")

Russische Massendesertionen.

Der Umfang der Massendesertionen an der russischen Front wird nach guten Privatnachrichten aus Rußland auf 1 200 000 bis 2 Millionen geschätzt. Die Südbahn allein beförderte nach Meldungen der Blätter 200 000 Mann. („Köln. Ztg.")

Der Reichskanzler und Graf Czernin.

Der deutsche Reichskanzler hat an den K. u. K. Minister des Äußeren Grafen Czernin am 6. Mai folgendes Telegramm gerichtet: Soeben teilt mir Prinz Hohenlohe mit, daß Se. Majestät Kaiser Karl Ew. Exzellenz den Stephanorden verliehen hat. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, verehrter Graf, zu dieser hohen und wohlverdienten Auszeichnung meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Ich begrüße diesen neuen Vertrauensbeweis Ihres allergnädigsten Herrn um so lebhafter, als er dem Leiter der auswärtigen Politik der engverbündeten und befreundeten Donaumonarchie gilt, mit dem in dieser ernsten Zeit in vollstem Einverständnis arbeiten, zu gemeinschaftlichem Wohle unserer Länder wirken zu dürfen, mir in politischer und menschlicher Hinsicht stets zu besonderer Freude gereichen wird.

Hierauf hat Graf Czernin mit nachfolgender Depesche geantwortet: Wollen Ew. Exzellenz meinen herzlichsten Dank für Ihren freundlichen Glückwunsch entgegennehmen. Das enge Bündnis mit dem Deutschen Reiche ist das Fundament der Politik Oesterreich-Ungarns. Daß es mir in der kurzen Zeit meines bisherigen Wirkens vergönnt war, Ew. Exzellenz auch persönlich nähertreten zu können, wird mir stets eine wahre Genugtuung bleiben. Wenn ein Bündnis, wie jenes, welches Oesterreich-Ungarn mit Deutschland verbindet, auch von den persönlichen Beziehungen einzelner unabhängig ist, so sichert das gegenseitige Vertrauen dennoch um so fester das vollste Einvernehmen bei der gemeinsamen Arbeit in dieser ernsten, aber großen Zeit. (W. T. B.)

Zum Depeschenwechsel zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren Grafen Czernin schreibt die „Reichspost": Der Text der beiden Depeschen ist, so selbstverständlich darin jede Silbe einer sachlich ernsten Beurteilung der Dinge und Verhältnisse erscheinen mag, doch mit gutem Bedacht gewählt. Es wird hierdurch gewissen Kombinationen, die sich an das stärkere Hervortreten Wiens in der Friedensfrage knüpften, die Grundlage entzogen. Man wird endlich überall ebenso wie an die einheitliche militärische Front der Mittelmächte auch an die Einheitlichkeit ihrer diplomatischen Front glauben müssen. Der Depeschenwechsel erscheint in hohem Maße geeignet, die Kleingläubigkeit eines Besseren zu belehren und die selbstverständliche Uebereinstimmung der Wiener und Berliner auswärtigen Politik überzeugend darzutun.

Auch das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt, daß aus der Lektüre dieser Telegramme der selbstverständliche, der volle und unverminderte Einklang zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sich ergebe. (W. T. B.)

Eine neue Sommertagung des Reichstags?

Der Aeltestenausschuß des Reichstags hat angeregt, die parlamentarischen Arbeiten so zu fördern, daß der Reichstag schon zu Himmelfahrt den Hauptarbeitsstoff erledigt haben würde. Es handelt sich im wesentlichen um den Haushaltsplan für 1917 und die Ernährungsfragen. Unter diesen Umständen würde es nicht möglich sein, die Fragen, die dem Verfassungsausschuß überwiesen sind, auch in der Vollsitzung zu erörtern. Wie die „N. G. C." aus Reichstagskreisen hört, wird aber von den Parteien, die vornehmlich die Bildung des Verfassungsausschusses betrieben haben, großer Wert darauf gelegt, daß diese Tätigkeit nicht auf Beratungen im Ausschuß beschränkt bleibt. Man will etwas Praktisches erreichen. Keinesfalls ist daran zu denken, daß der Verfassungsausschuß schon bis Himmelfahrt die schwierigen politischen Fragen geklärt haben wird. Es soll daher beantragt werden, diesem Sonderausschusse das Recht zu geben, auch nach der Vertagung des Reichstags noch weiter zu verhandeln. Bekanntlich kann ja auch der Hauptausschuß des Reichstags in dringenden Fällen zur Beratung von Fragen der auswärtigen Politik und der Kriegführung zusammentreten. Man nimmt daher in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichstag sich überhaupt nicht bis zum Herbst vertagen wird, da gerade in den kommenden Monaten sich Fragen von der größten weltgeschichtlichen Bedeutung entwickeln können. Auch das preußische Abgeordnetenhaus hat sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, in dringenden Fällen schon in den Sommermonaten zusammenzutreten.

Gefahr für die Zeitungen.

Die kürzlich gegründete Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger hat gestern an den Reichskanzler das folgende Telegramm abgeschickt:

„Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler, Berlin.

Euer Exzellenz

erlaubt sich die unterzeichnete Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger ganz ergebenst mitzuteilen, daß die dringende Gefahr besteht, daß infolge Papiermangels die Berliner Zeitungen in den letzten Tagen dieser Woche, spätestens Anfang nächster Woche, nicht mehr erscheinen können. Mit Rücksicht auf die verhängnisvollen politischen Folgen, die das Nichterscheinen der großen Berliner Tageszeitungen für unser Vaterland notwendigerweise haben müßte, bitten wir Euer Exzellenz, die nachgeordneten Stellen sogleich anweisen zu wollen, das Erforderliche für die Papierversorgung unserer Zeitungen zu tun, insbesondere die Zeitungsdruckpapier-Fabriken mit den unbedingt erforderlichen Kohlenmengen sogleich versehen zu lassen.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger."

Die 6. ungarische Kriegsanleihe.

In Budapest wurde der Zeichnungsprospekt auf die 6. Kriegsanleihe veröffentlicht. Die 6prozentige Rente wird zum Kurse von 96 Kronen ausgegeben. Die Anleihe kann vor dem 1. August 1922 nicht zurückgezahlt werden. Die Zeichnungsfrist dauert vom 12. Mai bis 12. Juni 1917. (W. T. B.)

Die neuesten Meldungen lauten:

Der englische Lebensmittelkontrolleur über die Versorgungs-Frage.

London, 8. Mai. (Reuter.) Der Lebensmittelkontrolleur Lord Devonport gab heute abend im Oberhause eine wichtige Erklärung ab, die in parlamentarischen Kreisen als sehr befriedigend und ermutigend angesehen wird. Er gab klar zu verstehen, daß die Regierung es nicht für notwendig halte, das Brotkartensystem einzuführen. Lord Devonport sagte: Ich freue mich, sagen zu können, daß mein Aufruf, weniger Brot zu verbrauchen, Widerhall gefunden hat. Falls die Anstrengungen der Unterseeboote nicht über alle Wahrscheinlichkeit hinaus erfolgen, werden wir bis zur nächsten Ernte durchhalten und eine ziemlich zufriedenstellende Reserve haben. Hier warf Lord Salisbury ein: Soll das heißen, daß wir mit der jetzigen freiwilligen Verbrauchsbeschränkung durchhalten werden? Lord Devonport fuhr mit den Worten fort: Falls eine genügende Herabsetzung stattfindet, werden wir noch mit einer angemessenen Reserve durchkommen. Ich nehme an, daß der Verbrauch weiter eingeschränkt wird, und alles deutet auf eine noch stärkere Einschränkung hin. — Ueber die Fleischeinfuhr seit dem 1. Januar 1917 sagte der Lebensmittelkontrolleur, sie sei nur wenig geringer gewesen, als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Es werde vielleicht nötig sein, sie noch mehr einzuschränken dadurch, daß man Frachtraum für dringendere Zwecke abzweige. Die Herden in England seien jedoch ebenso zahlreich, wenn nicht zahlreicher als je zuvor, und so lange der Verbrauch in angemessenen Grenzen gehalten werde, bestehe kaum die Möglichkeit eines Fleischmangels. Er sei indessen zu dem Schluß gekommen, daß es empfehlenswert sei, den fleischlosen Tag aufzuheben. (Hier ist bei Ermittlung der Depesche wahrscheinlich das Wort „nicht" ausgefallen.) Lord Milner, Mitglied des Kriegsamtes, sagte, die Empfehlungen des Lebensmittelkontrolleurs brächten keine Entbehrungen, sondern bedeuteten nur einen gewissen Aufwand von Selbstzucht. Sie beruhten auf vernünftigen Berechnungen und nicht auf zu optimistischer Annahme hinsichtlich der Nahrungsmittelmengen, die England wahrscheinlich erreichen würden. (W. T. B.)

England und der Unterseekrieg.

Amsterdam, 8. Mai. Die „Westminster Gazette" sucht das Recht Amerikas, sich auf einen Krieg von langer Dauer vorzubereiten, nachzuweisen und schreibt dabei u. a.: Solange die Deutschen glauben, mit Hilfe der Unterseeboote die Oberhand zu gewinnen oder doch soweit Erfolg zu haben, daß unsere militärischen Anstrengungen in Mitleidenschaft gezogen werden und amerikanische Hilfe verhindert wird, seine Kampflinien zu erreichen, so lange werden die Deutschen keinen Frieden zu Bedingungen machen, die wir annehmen können, und fortfahren, von Annexionen und Entschädigungen zu sprechen. Der Gebrauch, den die deutsche Regierung von den Unterseebooten macht, ist nach unserer Ansicht nicht nur eine Episode des Krieges, sondern eine gewaltige neue Tatsache der Weltgeschichte, die weit über allem Verhandeln und Diplomatisieren steht. Entweder gewinnen die Deutschen und haben die Welt zu ihren Füßen, oder wir siegen und machen dem Unterseeboote als Handelszerstörer ein Ende. Kein Zurück oder Ausweichen vor dieser Frage bringt uns den geringsten Nutzen. Denn die ruhige Ueberlegung sagt uns, daß wir, wenn wir jetzt auf ein Kompromiß eingehen, uns jedenfalls in der Zukunft einem neuen Angriffe aussetzen, und daß keiner der Beweggründe, von dem wir die Verhinderung eines neuen Angriffes zu Lande erwarten könnten, sich auf die Kriegführung zur See erstrecken könnte, die von einer kleinen Zahl wohl ausgebildeter Seeleute mit tausend Unterseebooten unternommen wird. Die Amerikaner ebenso wie die Engländer und Franzosen sind überzeugt, daß diese Methode der umfassenden Zerstörung das Wesen zivilisierter Natio-

---

Kunst und Wissenschaft.

** **Mitteilung der Königlichen Hoftheater.** Königl. Opernhaus. Die für nächste Woche in Aussicht genommenen Gastspiele der K. K. Kammersängerin Frau Marie Gutheil-Schoder aus Wien finden statt: am 16. Mai als Martha in „Tiefland", am 18. Mai als Carmen. Ein drittes Gastspiel der Künstlerin als Salome ließ sich leider zurzeit nicht verwirklichen. — Kartenbestellungen für beide Vorstellungen werden schon jetzt entgegengenommen bei der Theaterkasse der Leihhalle und im Invalidendank.

** **Mitteilung des Albert-Theaters.** Auf Grund ihrer Gastspiele wurden Herr Heinz George für das Fach des jugendlichen Bonvivants und Frl. Hilde Simon für das Fach der Naiven bei die Sommer- und Winterspielzeit verpflichtet.

** **Mitteilung des Central-Theaters.** Als Arbeitervorstellung des Kriegsamtes gelangt am 13. Mai, nachmittags ½4 Uhr, das Lustspiel „Perlen" zur Aufführung. Einzelverkauf der Karten findet nicht statt.

** **Herrmann-Stiftung der Dresdner Kunstgenossenschaft.** In der Wahlmännerversammlung am 16. April wurde statutengemäß die Ergänzungswahl für das Direktorium vorgenommen. Es setzt sich nunmehr zusammen wie folgt: a) ordentliche Direktorialmitglieder: Architekt Professor G. Heinsius v. Mancenburg, Vorsitzender; Bildhauer Professor Bruno Fischer, stellvertretender Vorsitzender; Maler Hofrat Walter Witting; Maler Professor Max Pietschmann; Maler Adolf Fischer-Hartig; Bildhauer Professor Oskar Rühm. b) Ersatzmänner: Maler Edmund Körner; Maler Johannes Mogk; Maler Robert Hahn; Bildhauer Fr. Brodauf; Maler Hofrat Paul Pötzsch; Maler Karl Hänsel.

** **Die Hauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins** findet nicht im Mai, wie ursprünglich bestimmt, sondern am 2. Juni in Berlin im Excelsior-Hotel statt.

** **Eine Herbstversammlung der Goethe-Gesellschaft.** Der Vorstand der Goethe-Gesellschaft in Weimar sendet seinen Mitgliedern ein Rundschreiben, aus dem hervorgeht, daß, wenn die Verhältnisse es gestatten, die diesjährige Generalversammlung doch noch stattfinden soll, und zwar im Sommer oder Herbst.

** **Zur Jahrhundertfeier Halle-Wittenberg.** Anläßlich der Gedenkfeier der 100jährigen Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg wurde in Halle eine „Akademische Vereinigung Halle-Wittenberg" gegründet mit dem Zweck, die engere Verbindung der Universität mit ihren Freunden herzustellen und dadurch die wissenschaftlichen Interessen zu fördern. Es haben sich bereits 400 Mitglieder mit teilweise sehr erheblichen Beiträgen gemeldet.

** **Fortbildungskurse für Geschichtslehrer.** Der Verband Deutscher Geschichtslehrer (Ortsgruppe Leipzig) hat an das Sächsische Kultusministerium ein Gesuch gerichtet, das die Einrichtung von Fortbildungskursen für die Geschichtslehrer an den höheren Lehranstalten des Königreichs Sachsen nachsucht. Und zwar sollen sie mit besonderer Berücksichtigung der staatsbürgerlichen Erziehung, der neuesten Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart, sowie der sächsischen Heimatkunde eingerichtet werden. Das Ministerium hat geantwortet, es sei geneigt, die Anregung sofort nach Beendigung des Krieges in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

** **Verbot eines deutschen Konzerts in Christiania.** Das Berliner Philharmonische Orchester hat, wie „Tidens Tegn" berichtet, trotzdem sich die öffentliche Meinung stark gegen den Besuch ausgesprochen hat, an seinem ursprünglichen Plan festgehalten, ein Konzert in Christiania zu geben. Der Unternehmer des Orchesters, welches augenblicklich in Stockholm weilt, hat aber jetzt vom Polizeipräsidenten in Christiania ein Schreiben erhalten, worin dieser unter den augenblicklichen Verhältnissen ein Verbot gegen deutsche Konzerte in Christiania erläßt. Bekanntlich haben in den letzten Tagen in Christiania Straßenunruhen stattgefunden.

** **Tenor und Unterseeboot-Krieg.** Vor dem Mailänder Tribunal wurde die Klage der Großen Oper (Teatro Colon) von Buenos Aires gegen den kontraktbrüchigen Tenor Schipa von der Mailänder Scala verhandelt. Der Tenor, der wegen der Unterseeboot-Gefahr die Reise über den Ozean nicht antreten wollte, soll 150 000 Franken Strafe zahlen. Der Vertreter des Theaters führte an, der Tenor hätte auf den von Deutschland garantierten Seestraßen den Ozean durchqueren können, während die Verteidigung behauptet, keine einzige Seestraße sei heute mehr vor Unterseebooten sicher. Das Urteil wird Ende des Monats gefällt werden.

Aus der Anfängerzeit der „Meininger".

Max Grube, der gegenwärtige künstlerische Leiter des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, ist nun in das Alter gekommen, wo man seine Erinnerungen aufzeichnet. Er hat die Sechzig überschritten und blickt mit der ihm eigenen heiteren Laune auf seine Jugendzeit zurück, in der er vom Gymnasium zum Theater flüchtete. „Jugenderinnerungen eines Glückskindes" nennt er bezeichnenderweise den ersten Teil seiner eigenen Lebensdarstellung, in dem er seine Anfängertätigkeit in Meiningen 1872 besonders ausführlich schildert. So weiß er diese Erinnerungen mit kleinen Theatergeschichtchen zu würzen, die allerlei Lichter auf die Anfängerzeit der Meininger werfen. Wir sind in der Lage, einige der Geschichten den Aushängebogen des Buches, das demnächst im Verlage von Grethlein & Co. in Leipzig erscheint, entnehmen zu können:

Herzog Georg, der damals insofern noch Dilettant war, als er seine großartigen Gedanken nicht immer den Darstellern sozusagen in der Theatersprache verständlich machen konnte (erzählt Grube), fand hierbei in Grabowski (dem Hoftheaterdirektor) einen ganz vortrefflichen Dolmetscher. Grabowski war der Bühnenfeldwebel, der den Soldaten, unter denen sich auch gar manche Rekruten befanden, die manchmal etwas undeutlichen Kommandos des Generals klarmachte. Undeutlich gilt hier auch im eigentlichen Wortsinn, denn Seine Hoheit sprachen wirklich recht undeutlich, wenigstens damals. Ich erinnere mich, daß ein Darsteller des Rudenz, mein lieber Namensvetter Karl Grube, halb zerknirscht, halb empört von der Probe abtrat und, von den verblüfften Kollegen ob dieses Abganges mitten in der Szene hinter den Kulissen befragt, erklärte,